

<https://geofon.gfz-potsdam.de/eqinfo/>

Erdbeben weltweit vom 25.02.2024 – 29.02.2024 x in 10 km Tiefe:
Polen 1x (nord-westl. von Breslau); Kirgisistan/Xinjiang Grenzgebiet 4x;
Türkei 1x; Nordkalifornische Küste 3x;

<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/windraeder-abbau-kosten-betreiber-rlp-100.html> 15.2.2024

Abbau von Windrädern in RLP könnte Steuerzahler Millionen kosten
Der Landesrechnungshof bemängelt, Betreiber von Windkraftanlagen würden oft deren Abbau nicht ausreichend sicherstellen. Für den Steuerzahler könnten Kosten in Millionenhöhe anfallen.

Am Donnerstag hat der [Landesrechnungshof Rheinland-Pfalz seinen Jahresbericht](#) vorgelegt. Darin stellt die Behörde fest, dass Betreiber von Windkraftanlagen oft kein oder zu wenig Geld beiseite gelegt hätten, um die Anlagen später wieder abzubauen zu können. Es bestehe das Risiko, dass der Steuerzahler für die Kosten in Millionenhöhe aufkommen muss. In Rheinland-Pfalz gibt es laut Rechnungshof aktuell rund 1.800 Windkraftanlagen. Diese würden in der Regel nach 20 bis 30 Jahren abgebaut. In "Rheinland-Pfalz fehlen konkretisierende Bestimmungen zum Umfang des Rückbaus", bemängelt der Rechnungshof. In der Folge seien die hierzu getroffenen Bestimmungen in den Genehmigungsbescheiden unzureichend und die Verwaltungspraxis uneinheitlich.

Oft keine oder zu geringe Sicherheiten der Betreiber

In einigen Fällen hätten die zuständigen Kommunen es versäumt, die Betreiber für den Abbau vertraglich zu verpflichten, was vor 2004 rechtlich noch nicht vorgeschrieben war. Seitdem müssen die Betreiber Geld für den Abbau einer Anlage zurücklegen. In einigen Fällen sei das in Rheinland-Pfalz aber zu wenig gewesen.

"Die Hälfte der Genehmigungsbehörden setzte die Sicherheitsleistungen pauschal in Höhe von 5 Prozent der Herstellungskosten der beantragten Windenergieanlage fest", so der Rechnungshof. Dies auch dann, wenn höhere Rückbaukostenschätzungen der Hersteller vorlagen. "Dadurch war

beispielsweise die Sicherheitsleistung bei einer 2021 genehmigten
Windenergieanlage um mehr als 190.000 Euro zu niedrig festgesetzt."